

Brauchen existenzielle Probleme radikale Lösungen?

In
Deutschland

Zur Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
in fundamentalen Krisen

WissensWert 27

neu denken

Inhalt

Vom sozialen Ausgleich zur ökologischen Ausbeutung?

Unsere Art zu wirtschaften bringt Erde und Klima an ihre Belastungsgrenzen. Doch zwischen Wohlstand und Weltuntergang entscheiden zu müssen, überfordert uns.

Zwischen Konsens und Courage

Das Dilemma in der klimapolitischen Debatte: Soll der Staat vorangehen und mit Regeln für den ökologischen Wandel sorgen? Oder braucht der Umweltschutz mutige Vorkämpfer?

Konsumverzicht als Kulturtechnik

Klimafreundlich leben bedeutet auch »care and share«: Güter pfleglich behandeln und länger nutzen, sie reparieren und mit anderen teilen. Das will wieder gelernt sein.

Leitplanke oder Gängelband?

Nach ordoliberaler Auffassung führen uns gezielte Anreize auf den Pfad der ökologischen Tugend. Kritiker sehen darin eine Bevormundung.

Gemüseanbau und die Grenzen des Wachstums

Die Postwachstumsökonomie setzt auf radikal neue Wege, um das Klima zu retten. Marktwirtschaftler sagen: Das geht auch mit uns!

Klimaschutz als Verhandlungsmasse

Umweltpolitik muss konsistent und berechenbar sein, damit sie etwas bewirken kann. Doch Krisen, Kriege und wechselnde politische Konstellationen bringen sie ins Schlingern.

Wir müssen es selber tun!

Im Kampf gegen den Klimawandel liegt die Verantwortung nicht nur bei »den Großen« in Politik und Wirtschaft. Jede und jeder Einzelne kann die Umwelt positiv verändern.

Fairer Streit mit milder Schärfe

Hart in der Sache, versöhnlich im Ton: Das Streitgespräch zeigte bei allen Differenzen auch Gemeinsamkeiten. Letztlich braucht es Einsicht *und* Regeln, damit sich etwas bewegt.





Editorial

Noch ist die Corona-Pandemie nicht überwunden, da führt der Krieg in der Ukraine erneut zum Ausnahmezustand. Beide Krisen schüren Ängste und bringen gesellschaftliche Spannungen mit sich.

Hinzu kommt die permanente Bedrohung durch den Klimawandel. Er gefährdet unsere Wachstumschancen, unseren Wohlstand und letztlich die Lebensqualität jeder und jedes Einzelnen. Kein Wunder, dass es vielen dabei nicht schnell genug geht: Sie werfen den politischen Akteuren unentschlossenes Handeln und der Zivilgesellschaft Gleichgültigkeit vor. Forderungen nach unkonventionellen oder gar radikalen Lösungen werden immer lauter.

Doch gerade weil grundlegende strategische Führungsentscheidungen weitreichende Konsequenzen für Mensch, Wirtschaft und Gesellschaft haben, ist blinder Aktionismus fehl am Platz. Wichtiger scheint es mir, die demokratischen Institutionen und Meinungsbildungsprozesse nicht auszuhebeln. Diese Verfahren basieren darauf, Mehrheiten zu bilden, über Streitfragen abzustimmen und gegebenenfalls einen Konsens herbeizuführen. Aus gutem Grund:

Wir erleben, wie einzelne Machthaber – etwa ein ehemaliger US-Präsident oder auch der amtierende Staatsoberhaupt von Brasilien – durch ihr autoritäres Gebaren jegliche Bemühungen um den Klimaschutz verhindern oder zunichtemachen. Und weitaus schlimmer:

Wo demokratische Regeln außer Kraft gesetzt, Parlamente instrumentalisiert und Informationen manipuliert werden, da sind Willkür und Terror nicht weit. Was viele Menschen bei uns für unvorstellbar gehalten haben, ist bittere Realität geworden: wieder Krieg, mitten in Europa.

Demokratie ist anstrengend, sie fordert uns täglich aufs Neue und nötigt uns manchmal auch kleinliche Kompromisse auf. Dennoch ist sie ein hohes Gut. Aus diesem Grund stehe ich – und zwar kompromisslos – für demokratische Lösungen.

Diskutieren, miteinander streiten, Standpunkte weiterentwickeln sind zutiefst demokratische Praktiken. Sie gehören auch zu den Methoden, mit denen wir am [Roman Herzog Institut seit 20 Jahren](#) arbeiten.

Dabei ist es unser Anliegen, Ihnen nicht nur unsere Themen nahezubringen, sondern Ihnen auch persönlich nahe zu sein: in der lebendigen Diskussion oder im direkten Schlagabtausch – etwa im Format des Salonstreitgesprächs. Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause haben wir uns entschlossen, diese Tradition wiederaufleben zu lassen und in Präsenz mit Ihnen zusammenzukommen.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit wollen wir als RHI präsent sein. Wir wollen aus der Deckung kommen, Stellung beziehen, mutig über das Gewohnte hinausdenken.

Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.

Bleiben Sie mit uns auf dem Laufenden –
[jetzt den RHI-Newsletter abonnieren.](#)

Brauchen existenzielle Probleme radikale Lösungen?

In
Deutschland
neu denken

4

Vom sozialen Ausgleich zur ökologischen Ausbeutung?

Der Klimawandel erfordert entschlossenes Handeln. Denn er bedroht unser aller Lebensgrundlagen. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu – doch tun sich demokratisch verfasste Gesellschaften schwer damit, Maßnahmen zum Klimaschutz auch praktisch umzusetzen.

Muss ein klimaverträglicher Lebensstil erst mehrheitsfähig werden, damit ein Wandel »von unten« in Gang kommt? Oder soll die Politik durch geänderte Rahmenbedingungen ein Umdenken »von oben« herbeiführen?

Im Kern rühren diese Fragen an unser Demokratieverständnis: Wie soll eine freiheitlich verfasste Gesellschaft mit existenziellen Problemen umgehen?

Beim diesjährigen [Salonstreitgespräch](#) des Roman Herzog Instituts (RHI) standen die großen, grundsätzlichen Fragen im Raum – und das im buchstäblichen Sinn: Nach zweijähriger Corona-Pause fand die Veranstaltung endlich wieder in Präsenz – vor einem live anwesenden Publikum – statt.

»Unsere Art zu wirtschaften ist mitverantwortlich dafür, dass die planetaren Belastungsgrenzen in Bezug auf Klima, Trinkwasser, Biodiversität und den Zustand der Meere erreicht sind«, sagte der zugeschaltete [RHI-Vorstandsvorsitzende](#) [Randolf Rodenstock](#) in seiner Begrüßung.

Auch die Soziale Marktwirtschaft sieht er massiver Kritik ausgesetzt. Denn unsere Wirtschafts- und Gesellschafts-



»Heute geht es um die ganz großen Fragen!« RHI-Vorstandsvorsitzender Prof. Randolf Rodenstock begrüßt die Gäste.



v. l. n. r.: Prof. Dr. Niko Paech, Dr. Martin Lang und Prof. Dr. Nils Goldschmidt

ordnung werde heute oft mit ungesundem wirtschaftlichem Wachstum in Verbindung gebracht, obwohl sie für Wohlstand und sozialen Ausgleich steht.

Doch wie können Wachstum, Wohlstand und Wohlbefinden gefördert und langfristig gesichert werden – für die Menschen weltweit und für zukünftige Generationen? Wie kann die Politik ihrer Verantwortung angesichts dieser gewaltigen Aufgaben gerecht werden?

Kritiker führen an, dass die herkömmlichen demokratischen Verfahren mit ihren langwierigen Abstimmungsprozessen versagen, wenn es darum geht, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Brauchen wir ein entschiedeneres, kompromissloses Vorgehen – notfalls auch gegen den Mainstream? Sind radikale Lösungen das Gebot der Stunde?

Zwischen Konsens und Courage

»Nein«, sagt [Nils Goldschmidt](#), Professor für Kontextuale Ökonomik an der Universität Siegen. »Wir müssen mit Augenmaß an die Probleme herangehen. Der alte Spruch: »In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod« gilt hier nicht!« Er rät stattdessen zu einer »Politik der Behutsamkeit«. Damit ließen sich Ängste und Verunsicherung in der Bevölkerung verringern und der soziale Zusammenhalt stärken.

Die Politik solle klare Regeln setzen und klimafreundliches Verhalten durch Anreize fördern. Die 2021 eingeführte Besteuerung des Ausstoßes von Kohlendioxid hält der Wirtschaftswissenschaftler beispielsweise für ein effektives Instrument. Denn es verteuert den

5

Verbrauch von fossilen Energieträgern und bietet Anreize zur Verhaltensänderung. Bei Einführung lag der Festpreis pro Tonne CO₂ bei 25 Euro, er ist Anfang 2022 auf 30 Euro gestiegen und wird sich bis zum Jahr 2025 auf 55 Euro erhöhen.

Die CO₂-Bepreisung könne zudem durch flankierende Maßnahmen sozial abgefedert werden, so Goldschmidt. Klimapolitik müsse auf einer breiten Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger basieren und darauf ausgerichtet sein, möglichst viele Menschen ins Boot zu holen.

Dass die Politik durch Maßnahmen wie die CO₂-Bepreisung eine Verhaltensänderung herbeiführen kann, hält [Niko Paech](#), Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen, dagegen für abwegig. Solange die Menschen nicht von sich aus bereit seien, ihre Ansprüche zu reduzieren, könne es keinen ökologischen Wandel geben – daran würden auch Verbote oder Verteuerungen von klimaschädlichen Produkten nichts ändern. Seine Forderung lautet daher: »Wir müssen der Politik entgegenhalten!«

Erst wenn bestimmte Positionen mehrheitsfähig geworden sind, kommt die Politik seiner Ansicht nach in Gang – sie eilt quasi der Zivilgesellschaft hinterher, nicht ihr voraus: »Das wäre ja auch politischer Selbstmord«, so Paech, »denn wer wählt schon freiwillig Politiker, die Verzicht fordern?« Dass genau dieses paradoxe Verhalten aber vom Wahlvolk erwartet wird, hält er für einen unauflösbaren Widerspruch in der klimapolitischen Debatte.

Ohne Eigenverantwortung und Zivilcourage könne eine liberale Demokratie nicht funktionieren, folgert der Experte. Weil die Zeit drängt, dürfe man beim Klimaschutz nicht allein auf die politischen Entscheidungsträger vertrauen. Diese Strategie ähnele dem »Warten auf den politischen Godot«, dem großen Unbekannten, der die entscheidende Wende herbeiführen soll.

Konsumverzicht als Kulturtechnik

Nach Ansicht des Wachstumskritikers hat die Politik im Klimaschutz bisher kläglich versagt. »Die Politik ist Erfüllungsgehilfe der Umweltzerstörung«, moniert er. Die bisherigen Versuche, den modernen konsumorientierten Lebensstil von ökologischen Schäden zu entkoppeln, misslingen systematisch.

»Ökologieschutz steht unter Wohlstandsschutz. Das macht uns handlungsunfähig. Wir brauchen einen anderen Weg!«, fordert der Wachstumskritiker. Seine »Ökonomie der Reduktion« setzt auf einen konsequenten Konsumverzicht und auf eine genügsame Lebensweise, die auf Selbstversorgung und der gemeinschaftlichen Nutzung, Reparatur und Wiederverwertung von Gütern basiert.



»Was macht Nullwachstum mit einer Gesellschaft?«, möchte RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang wissen.



Doch wie bringt man Menschen dazu, ihren lieb gewordenen Luxus – vom Fleischkonsum über Flugreisen bis hin zu technischem Firlefanz – freiwillig aufzugeben? »Verzicht« ist in unserem Sprachgebrauch ein negativ besetzter Begriff, irgendwo angesiedelt zwischen Frust und freudloser Askese. In den zwei Jahren der Pandemie hat sich die Erfahrung, etwa auf Urlaubsreisen und soziale Kontakte verzichten zu müssen, zudem schmerzhaft ins kollektive Gedächtnis eingegraben.

Nicht verzichten zu müssen, wird dagegen oft gleichgesetzt mit der Freiheit, alles tun und lassen zu können, was man möchte. »Wenn Sie einen modernen Menschen in Rage bringen wollen, dann fordern Sie ihn zum Verzicht auf«, brachte es RHI-Geschäftsführer Martin Lang, der das Streitgespräch moderierte, auf den Punkt.

»Anspruchsdenken und Wohlstand zu reduzieren, ist ein Lernprogramm«, wendet Paech ein. Neue Ideen und Lebensentwürfe würden zuerst immer von gesellschaftlichen Avantgarden ausgehen und sich dann schrittweise durchsetzen. Sie müssten an sozialen Lernorten erprobt und eingeübt werden. »Wenn meine Nachbarn anfangen, anders zu leben, dann schaue ich mir das ab.«

Seinem Gesprächspartner Nils Goldschmidt geht das zu langsam: »Wenn wir darauf warten, dass aus normalen Menschen bessere Menschen werden, verlieren wir zu viel Zeit!«

Leitplanke oder Gängelband?

Der Gesetzgeber muss den Takt vorgeben, so der Ordoliberaler, indem er Anreize zum Energiesparen oder zum Umstieg auf alternative Energien setzt. Die CO₂-Bepreisung erachtet er deshalb als sinnvoll: Sie fördere klimafreundliches Verhalten, überließe es aber jedem selbst, welche Prioritäten er dabei setzen möchte.

Mit Regeln und Rahmenbedingungen allein werden Menschen nicht zu umweltgerechtem Handeln erzogen, hielt sein Kollege Paech dagegen. Er sieht darin eine Gängelung: »Das ist doch eine Dressurnummer wie im Zirkus! Man will Menschen dazu bringen, etwas zu tun, was sie aus eigenem Antrieb nicht tun würden!«

Letztlich blieb die Antwort auf die Frage, ob Klimaschutz eher mithilfe der Politik oder der Zivilgesellschaft gelingt, in der Diskussion offen. Neben dem »richtigen« Weg zur Klimaneutralität spielt vor allem auch das Tempo eine entscheidende Rolle. Denn Zeit ist die knappste Ressource beim globalen Schutz der Umwelt. Schon jetzt laufen wir mit unserer Art zu leben der Klimakatastrophe hinterher.

Wie können politische Entscheidungen schneller auf den Weg gebracht und umgesetzt werden? Wie nehmen wir dabei möglichst viele mit und vermeiden, dass sich soziale Spannungen in der Gesellschaft verstärken? In diesem einen Punkt waren sich die Experten einig:

Ohne die Menschen bewegt sich nichts. Erst wenn eine Mehrheit – ob aus Einsicht oder durch politischen Druck – ihren Lebensstil ändert, wird sich beim Klimaschutz spürbar etwas bewegen. Doch: Wie weit sind wir als Gesellschaft von diesem Moment entfernt?



7

Gemüseanbau und die Grenzen des Wachstums

Genau diesen Moment hält Marc Beise, Chef der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung, in Deutschland für gekommen. Als Gastredner fasste er die Diskussionsergebnisse zusammen und gab seine Einschätzung dazu ab: »Bisher war der ordnungspolitische Ansatz bei uns Mainstream. Aktuell kippt die Stimmung.« Als Treiber dieses Umschwungs sieht er unter anderem die Pandemie und den Krieg in der Ukraine. Viele fühlen sich jetzt darin bestärkt, dass die alten Rezepte nicht mehr funktionieren, so Beise.

Ein »Weiter so« im Lebensstil kann es auch nach Auffassung von Goldschmidt nicht geben. Ob wir wirtschaftliches Wachstum weiterhin brauchen oder nicht, sei dabei allerdings nicht die richtige Frage – »Die hat uns der Club of Rome eingebrockt!«. Es gehe vielmehr darum, *anders* zu wirtschaften.

Neue Wege könnten auch mit dem bewährten System der Sozialen Marktwirtschaft beschritten werden. Die Vorschläge von Niko Paech verwies er dagegen ins Reich der Utopie: »Dass wir als Graswurzelbewegung starten und in 30, 40 Jahren alle unseren eigenen Gemüsegarten haben, halte ich für unrealistisch.«

Die Selbstversorgung sei nur ein ergänzender Aspekt im Konzept der Postwachstumsökonomie, stellte Paech richtig. Es gehe in erster Linie um den Rückbau der industriellen Produktion und um die Förderung des lokalen und regionalen Handwerks – letztlich mit dem Ziel, von globalen Lieferketten unabhängiger zu werden.

Die wöchentliche Arbeitszeit solle zudem auf 25 bis 30 Stunden reduziert werden, damit die Menschen mehr Zeit für kreative und manuelle Tätigkeiten haben, für Garten- und Reparaturarbeiten oder für ihre Hobbys.

Nur eine radikal andere Lebensweise werde auch den psychischen Wachstumsgrenzen der Menschen gerecht, sagte der Experte. Heute würden viele am »Konsum-Burnout« leiden, an einer Übersättigung mit materiellem Wohlstand. »Aber Glück und Lebenszufriedenheit steigen nicht analog zum wirtschaftlichen Wachstum!«

Klimaschutz als Verhandlungsmasse

Um große Aufgaben wie den Klimaschutz anzupacken, braucht es Beharrlichkeit. In einer freiheitlichen Demokratie folgt die Politik jedoch oft einem Zickzackkurs – je nachdem welche Parteien das Sagen haben und welche Themen Priorität genießen. »Wir erleben gerade, wie sich ganze Politikfelder von heute auf morgen ändern können«, sagte RHI-Geschäftsführer Lang mit Blick auf die Pandemie und den Krieg in der Ukraine.

Auch hier folge man dem altbekannten Schema, kritisierte Paech – letztlich sei die Erhöhung der Rüstungsausgaben »eine Politik zur Verteidigung des Wachstums«. »Es ist eher eine Politik zur Verteidigung der Menschlichkeit«, konterte Goldschmidt. Er sieht einen Widerspruch darin, dass für das politische Handeln oft unterschiedliche Maßstäbe gelten: »Warum darf die Politik vorangehen, wenn es um Krieg oder Corona geht, aber ausgerechnet in der Klimakrise nicht?«



»Die aktuellen Krisen setzen alte Regeln außer Kraft«, kommentiert Dr. Marc Beise von der Süddeutschen Zeitung.



Niko Paech: »Man darf die Leute nicht anflunkern, indem man sagt: Wartet auf die Politik!«



Nils Goldschmidt: »Ich vertraue nicht auf den Altruismus der anderen.«

Brauchen existenzielle Probleme radikale Lösungen?

In
Deutschland
neu denken

8

Letztlich ist auch entscheidend, Umweltpolitik in demokratische Strukturen einzubetten und zu verhindern, dass sie zur Demonstration von Macht missbraucht wird – wie 2019, als die USA unter ihrem damaligen Präsidenten Donald Trump aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austraten. Zwei Jahre später machte sein Nachfolger Joe Biden diesen Schritt wieder rückgängig.

In der Frage, wie eine beständige Klimapolitik trotz wechselnder Mehrheiten und unvorhersehbarer Krisen gelingen kann, kamen die beiden Experten zu einem gemeinsamen Votum: Um den Klimaschutz voranzubringen, ist vor allem eine starke Zivilgesellschaft entscheidend.

Wir müssen es selber tun!

Auch wenn die Klimaschutzbewegung in den westlichen Gesellschaften starken Zulauf verzeichnet – auf sich allein gestellt kann selbst eine emanzipierte Zivilgesellschaft (über-)lebenswichtige Fragen wie den Umwelt- und Klimaschutz nicht lösen. Und wieder war man bei einem der Leitmotive des Gesprächs angelangt: Sollen wir darauf warten, dass immer mehr Menschen auf den Zug aufspringen? Oder können Veränderungen auf globaler Ebene nur »von oben« durch Recht und Gesetz herbeigeführt werden?

Mit Blick auf die asiatischen Wachstumsmärkte forderte Nils Goldschmidt mehr verbindliche internationale Standards. Europa kann hier Maßstäbe setzen, die andere dann übernehmen.



Prof. Dr. Frank Müller, FOM Nürnberg



Sarah Johanna Zech, Digital Compliance Counsel, Allianz SE



Julia Post, Stadträtin für München

Paech setzt dagegen auch im globalen Maßstab auf kulturellen Wandel – in diesem Fall auf die Vorbildfunktion des europäischen Lifestyles: Veränderte Konsumgewohnheiten und die Abkehr vom Wachstumsdenken würden mit zeitlicher Verzögerung auch im asiatischen Raum ankommen.

Dass umweltschonendes Wirtschaften aber auch im Kleinen beginnen muss, wurde gegen Ende der Veranstaltung von einigen Gästen ins Gespräch gebracht:

Frank Müller, Professor an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management in Nürnberg, sprach die Verantwortung der Unternehmen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten an.

Julia Post, Mitglied im Münchner Stadtrat, verwies auf die Bedeutung des Individuums: »Jede Veränderung muss bei uns selber beginnen«, erklärte sie. Vielen Menschen fehle heute die Beziehung zu sich selbst und zu ihrer Umwelt, das Gefühl der Selbstwirksamkeit. Zusätzlich zur politischen Rahmensetzung müsse man hier mit Bildungsarbeit ansetzen, um auch auf lokaler Ebene den Klimaschutz voranzubringen.

Mit diesem Statement zeigten sich auch die beiden Diskussionspartner auf dem Podium einverstanden.



Randolf Rodenstock: »Es verlangt Mut und Abenteuerlust, um über das Gewohnte hinauszudenken.«



Fairer Streit mit milder Schärfe

Bei der abschließenden Bewertung und Einordnung der unterschiedlichen Standpunkte schlug sich Wirtschaftsjournalist Marc Beise auf die Seite der marktwirtschaftlichen Position – auch aus pragmatischen Gründen:

»Unser Wirtschaftssystem hat fast 80 Jahre lang funktioniert und wird von einer Mehrheit unterstützt – davon kommen wir so schnell nicht los!« Die Soziale Marktwirtschaft als ein »atmendes System« ist krisenfest und anpassungsfähig.

RHI-Vorstandsvorsitzender Rodenstock lobte die faire und konstruktive Diskussion und hob auf die Gemeinsamkeiten der beiden Gesprächspartner ab: In ihren Zielvorstellungen lägen sie gar nicht so weit auseinander, urteilte er und fand zu guter Letzt versöhnliche Worte:

»Für eine effektive Klimapolitik brauchen wir beides: die Einsicht der Menschen, dass wir nicht einfach so weiterwirtschaften können wie bisher, aber auch Regeln und Anreize, die diesen Prozess begleiten.«



Das Roman Herzog Institut möchte Ihnen seine Expert*innen und deren Wissen noch näher bringen. Freuen sich über unser neues digitales Doppelpack. In den [Video- und Audioformaten](#) nehmen wir uns seit März alle zwei Wochen bewusst Zeit, komplexen Zusammenhängen auf den Grund zu gehen und diese zugänglich zu machen.

Die Video-Reihe »RHI-Kontexte« bietet ein Forum, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in allgemein verständlicher Sprache zu diskutieren. »Wir gehen mit unseren Gesprächspartnern bewusst in die Tiefe der Themen«, so RHI-Geschäftsführer Martin Lang.



In der korrespondierenden Hör-Reihe »RHI-Podcasts« lernen Sie mit Tina Maier-Schneider die Menschen hinter der Forschung kennen.



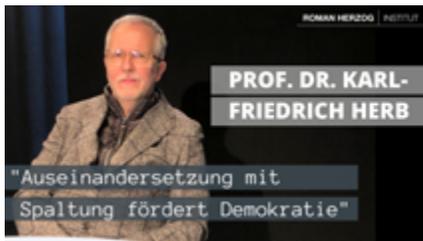
Werfen Sie einen Blick hinter die Kulisse und seien Sie mit dabei, wenn es heißt »[Achtung, Aufnahme!](#)«.

Sehens- und hörensWert

Folge 1: »Gesellschaften sind gespalten«
mit Stefan Hradil, Soziologe

Folge 2: »Moralisierung spaltet Gesellschaften«
mit Karl Homann, Wirtschaftsethiker

Folge 3:



Folge 4 – ab 5.5.2022, 18:00 Uhr



Folge 5 – ab 19.5.2022, 18:00 Uhr:
»Gesellschaften können kippen«
mit Nils Goldschmidt, Ökonom

Begleitend zu den RHI-Kontexten gibt es die [RHI-Podcasts](#) . Darin geben die Gäste oft erstaunlich offen Auskunft über ihre Biografie und ihren Werdegang.

WissensWerte – bisher erschienen

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2021, [Fakten, Führung und Alter neu denken. Gesellschaftliche Perspektiven in der Pandemie](#), RHI-WissensWert, Nr. 26, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2021, [Ein neuer Blick auf das Alter. Zu der gesellschaftlichen Position, den Potenzialen und Perspektiven der älteren Generation](#), RHI-WissensWert, Nr. 25, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2021, [Wie viel Fake News verträgt unsere Gesellschaft? Von der öffentlichen Meinung zur manipulierten Öffentlichkeit](#), RHI-WissensWert, Nr. 24, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2021, [Starke Gesellschaft – starke Wirtschaft – starkes Ich. Was Deutschland braucht, um zukunftsfähig zu sein](#), RHI-WissensWert, Nr. 23, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2020, [Gemeinsam etwas Positives tun ist auch ansteckend! Zu den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie](#), RHI-WissensWert, Nr. 22, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2019, [Yes, we change! Sechs Impulse für den Wandel der Arbeitsgesellschaft](#), RHI-WissensWert, Nr. 21, München

Weitere WissensWerte auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen

© 2022 Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)

Kontakt:

Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e.V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

Redaktion:

Martina Martschin,
Tina Maier-Schneider,
Dr. Benjamin Scharnagel

Fotos:

© Roman Herzog Institut e.V.

Folgen Sie
uns auf ...



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts sind beim Herausgeber kostenlos erhältlich und können bestellt werden auf www.romanherzoginstitut.de

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.